

Dienstag (Vormittag), 10. September 2019 / Mardi matin, 10 septembre 2019

Finanzdirektion / Direction des finances

67 2018.RRGR.744 Motion 284-2018 SP-JUSO-PSA (Zryd, Magglingen)
Für einen echten Nettolohn

67 2018.RRGR.744 Motion 284-2018 PS-JS-PSA (Zryd, Magglingen)
Pour un véritable salaire net

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Das nächste Geschäft trägt die Traktandennummer 67. Es ist eine Motion «Für einen echten Nettolohn». Das Wort geht an die Motionssprecherin der SP-JUSO-PSA-Fraktion, Andrea Zryd.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Mit diesem Vorstoss fordern wir, dass die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Dann hat man Ende Monat einen echten Nettolohn. Es ist ein echtes Anliegen der Bevölkerung und nicht einfach ein «linkes» Anliegen. 200 Mio. Franken Steuerschulden haben wir jährlich im Kanton Bern. Dies generiert fast 60 000 Betreibungen. Das ist eine enorme Zahl. Die Fachstelle für Schuldenberatung hat uns gesagt, dass fast 80 Prozent ihrer Kunden wegen Steuerschulden vorbeikämen. Dies sind übrigens nicht nur Menschen mit ganz kleinen Einkommen und Tiefstlöhnen; es können durchaus auch Menschen mit gutem Einkommen dabei sein, vielleicht sind sogar solche Menschen unter uns. Ich zitiere das Betreibungsamt Bern-Mittelland: «Direktabzüge werden eine signifikante Reduktion der Betreibungsverfahren bedeuten.» Es ist somit auch hier ein echtes Anliegen.

Das Argument des Mehraufwands für den Arbeitgeber oder für den Staat, also die Verwaltung, gilt für uns eigentlich nicht. Ich denke, dass letztlich der Staat auch Dienstleister für uns Bürgerinnen und Bürger ist. Das Anliegen scheint klar legitim zu sein. Ich habe es schon erwähnt: Das Anliegen kommt wirklich auch aus der Bevölkerung, dass man einen Nettolohn haben will. Sie wissen, wie ich auch, dass es etliche Staaten gibt, die diesen Nettolohn bereits seit langer Zeit kennen, und dort funktioniert dieses System auch, und eigentlich sehr gut. Vor den Sommerferien hat die Zeitung «20 Minuten» auf ihrer Onlineplattform eine Umfrage gemacht. Es gab über 900 Kommentare zum Thema «Nettolohn». Ich habe mir die Mühe gemacht, diese Kommentare ein wenig durchzuackern. Sie können es selber nachlesen: Ein grosser Teil ist für einen Nettolohn. Ich behaupte nicht, dass dies für den ganzen Kanton repräsentativ ist, aber es waren doch sehr viele Kommentare.

Das Argument, das von der Gegenseite kommen wird, die für die Eigenverantwortung plädiert, lautet, dass man selbst budgetieren will, und vielleicht wird auch an die Steuermoral appelliert. Dies mag bis zu einem gewissen Grad gelten, aber es ist eben nicht allen Menschen möglich. Es gibt in Gottes Namen Situationen, wo man die Steuern nicht bezahlen und in einer Steuerschuldenfalle landen kann. Ich denke, man kann mit einem einfachen Mittel einem Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden und ein Zeichen setzen. Respektieren wir dies, und appellieren wir nicht nur an unsere – hoffentlich gute – Steuermoral, sondern begreifen wir auch, dass es Menschen gibt, die froh wären, wenn man sie entlasten könnte. Auch wenn es nur wenige Menschen sind. Es ist ganz klar: Für uns wäre es auch praktisch, Ende Monat einen Nettolohn zu haben und zu wissen, dass man mit dem Geld, das auf dem Konto ist, tun kann, was man will. Die AHV- und Pensionskassenbeiträge werden ja ebenfalls direkt abgezogen. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass Sie diesen Vorstoss annehmen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Mitmotionierenden verzichten. Wir kommen zu den Fraktionen. Als Erstes spricht Grossrat Arn für die FDP-Fraktion.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Als Unternehmer bin ich immer wieder mal mit Lohnpfändungen konfrontiert. Wenn man die Mitarbeiter fragt, worum es genau gehe, ob man ihnen helfen könne und was der Grund sei, hört man meistens, dass die Steuerschulden nicht bezahlt worden seien. Wenn die Rechnungen für das Handy, für den Strom und für die Versicherungen nicht bezahlt werden, oder die Rechnungen des Kleingewerbes, wird es plötzlich sehr eng. Aber die Steuerschulden kann man hinausschieben.

Wenn man diesen Vorstoss umsetzen würde, hätte man eine Bevorteilung des Staates gegenüber dem Gewerbe, denn der Mitarbeiter sagt, er brauche dies auch ein wenig, um seine Liquidität zu steuern. Wenn man bedenkt, dass man diese Quellensteuer freiwillig machen soll, dann werden diese Leute ganz sicher nicht auf eine freiwillige Quellensteuer umstellen. Wenn ich mir als Unternehmer auch noch vorstelle, dass man wechseln kann und irgendwann freiwillig die Quellensteuer wählt, und danach wieder umstellt, stehen mir die Haare zu Berge. Trotz der ganzen Digitalisierung, dank der alles immer viel schneller geht, ist dies doch ein erheblicher Aufwand. Auch aus dieser Sicht lehnen wir eine Motion ab.

Jakob Etter, Treiten (BDP). Die BDP-Fraktion hegt für dieses Anliegen grundsätzlich gewisse Sympathien. Wir reichten unter anderem auch eine Motion für eine Standesinitiative (*M 222-2019*) ein, die verlangt, dass man dies gesamtschweizerisch anschauen und vonseiten des Bundes einrichten soll. Die Idee ist ja nicht neu; schon früher wurden ähnliche Vorstösse in diesem Parlament eingereicht. Wir befürchten jedoch, dass die freiwillige Einführung dieses Direktabzugs der Steuern vom Lohn nicht oder nur ungenügend funktioniert. Bereits die Antwort der Regierung auf die Motion Lüthi im Jahr 2016 (*M 057-2016*), die ich damals auch unterschrieben hatte, zeigte die Schwächen eines solchen Systems deutlich auf. Entsprechend lehnte das Parlament diesen Vorstoss auch als Postulat ab. Anders sähe es aus, wenn der Systemwechsel generell vorgenommen würde. Dazu müssten jedoch aus Sicht der BDP gewisse Bedingungen erfüllt sein: Erstens, wie ich erwähnt habe, müsste die Systemumstellung gesamtschweizerisch erfolgen. Zweitens darf die Umstellung nicht freiwillig sein, sondern muss für alle Lohnempfänger gelten. Das System würde die Steuererklärungen nicht ersetzen. So müsste zum Beispiel das Vermögen trotzdem separat erhoben werden. Der heutige Dschungel mit den zahlreichen Abzügen müsste deutlich vereinfacht werden. Wie bereits in der Antwort zur Motion Lüthi (*M 057-2016*) vom Regierungsrat ausgeführt wurde, müsste man davon ausgehen, dass die Zielgruppe wahrscheinlich nicht erreicht werden könnte. Wer hoch verschuldet ist, würde wahrscheinlich nur in Ausnahmefällen zustimmen, dass die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden, weil diese Personen, wie es der Vorredner erwähnt hat, meistens auch einen Haufen andere Schulden haben, die sie bezahlen müssen, oder die noch stärker drücken als die Steuern. Bekanntlich werden die Steuern und die Krankenkassenkosten bei der Bezahlung als «nicht vordringlich» beurteilt. Deshalb liegt die Befürchtung nahe, dass wir mit einem System mit einem freiwilligen Abzug zwar einen hohen administrativen Aufwand hätten, der schlussendlich aber kaum eine Wirkung erzielen würde. Bereits in der Antwort auf die Motion Lüthi (*M 057-2016*), die ich genannt habe, erwähnte die Regierung bei einer Umstellung Mehrkosten von 150 Mio. Franken. Anstelle einer Vereinfachung und zusätzlicher Einnahmen für den Kanton ergäbe sich somit ein hoher und unbezahlbarer Mehraufwand. Die BDP-Fraktion lehnt diese Motion einstimmig ab. Auch ein Postulat würden wir allenfalls ablehnen.

Martin Egger, Frutigen (glp). Das Problem der nicht bezahlten Steuern im Kanton Bern ist ein echtes Problem. 60 000 bis 65 000 Betreibungen pro Jahr wegen nicht bezahlter Steuern – ich denke, hier bestünde ein Handlungsbedarf. Verschiedene Umfragen in den letzten Jahren haben gezeigt, dass der Direktabzug ein echtes Bedürfnis wäre und vielen Erleichterung bringen würde. Dies betrifft Leute aller Einkommensklassen. Es wäre möglich, beim Kanton wie auch bei den Betroffenen die Bürokratie zu reduzieren. Mit diesem System wäre es möglich, zahlreiche Notlagen zu verhindern. Das Problem für die glp liegt darin, dass diese Motion auf einem Abzug auf freiwilliger Basis basiert. Die glp ist der Meinung, dass ein freiwilliger Abzug eher die falschen Personen treffen würde. Deshalb ist die glp bei der Motion gespalten. Aber dass dieses Problem geprüft werden muss, ist für die glp klar. Als Postulat würden wir den Vorstoss vollumfänglich unterstützen.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Als ich in meinem früheren Leben als Gerichtspräsident die Leute fragte, wie es mit den Vermögensverhältnissen aussehe, wenn man dies abklären musste, und wissen wollte, ob sie Schulden hätten, lautete die Antwort zuweilen: «Nein, ich habe ich keine Schulden – das heisst, nur Steuerschulden». Dies war hier auch herauszuhören. Es ist effektiv ein Problem,

weil einige Leute ihre Steuern nicht bezahlen oder nicht bezahlen können, oder die Prioritäten anders setzen. Die Lösung für dieses Problem wäre jetzt gemäss dieser Motion ein freiwilliger Direktabzug. Es ist leider eine Lösung für ein Problem, die nicht tauglich ist, denn den freiwilligen Direktabzug können Sie heute schon einrichten. Sie können bereits heute die Steuern ratenweise bezahlen, Sie können sie Vorauszahlen und Sie können einen Dauerauftrag einrichten, bei dem jeden Monat auf den Zeitpunkt der Lohnzahlung ein bestimmter Betrag, von dem Sie annehmen, dass Sie ihn bezahlen müssen, an die Steuerverwaltung überwiesen wird. Dann haben Sie den echten Nettolohn. Das Problem ist nur, dass wohl genau diejenigen, die wir treffen möchten, diejenigen, für die dies gut wäre, wahrscheinlich die Freiwilligkeit nicht in Anspruch nehmen werden, weil sie eben ihre Prioritäten anders setzen. Wenn wir dieser Motion zustimmen würden, würden wir auf der anderen Seite erhebliche Mehraufwände bei der Steuerverwaltung verursachen. Deshalb glauben wir, dass hier zwar ein echtes Problem angesprochen wird; wir sind auch der Auffassung, dass die Steuern rechtzeitig bezahlt werden sollen. Aber die Lösung, die hier vorgeschlagen wird, überzeugt uns nicht. Wir lehnen deshalb diese Motion, und auch ein allfälliges Postulat, ab.

Melanie Beutler-Hohenberger, Gwatt (EVP). Ich übernehme das Votum meiner Fraktionskollegin Barbara Streit-Stettler, die heute aus terminlichen Gründen nicht unter uns sein kann. Der Regierungsrat macht es sich mit seiner Antwort etwas einfach. Er verweist auf den Vorstoss aus dem Jahr 2016, und damit hat es sich. Dies ist etwas unfair. Beim letzten Vorstoss, den meine Kollegin Barbara Streit-Stettler mit Andrea Lüthi einreichte (*M 057-2016*), stellte sie nämlich fest, dass es durchaus ein Anliegen der Bevölkerung ist, zu einem Systemwechsel zu gelangen. Vor allem die Jungen wären manchmal froh, wenn ihnen die Steuern regelmässig vom Lohn abgezogen würden. Der Grosse Rat sollte eigentlich das Volk vertreten. Wir sind somit am richtigen Ort. Die EVP-Fraktion wird diesen Vorstoss deshalb grossmehrheitlich unterstützen. Wie das Gesetz genau ausgestaltet würde, müsste man schauen, wenn der Entwurf vorliegt. Zum Beispiel kann man darüber diskutieren, ob dieser Steuerabzug freiwillig sein müsste oder nicht besser obligatorisch.

Wir haben vorhin die Nachteile eines freiwilligen Abzugs gehört. Aus unserer Sicht hat dieser Vorstoss auch nichts damit zu tun, ob man eine Steuererklärung ausfüllen muss oder nicht. Hier geht es nur darum, ob der Steuerzahler oder die Steuerzahlerin die Steuern entweder drei oder vier Mal jährlich per Rechnung bezahlt, oder ob sie jeden Monat direkt vom Lohn abgezogen werden. Die EVP ist auch nicht der Meinung, dass dies mit einem exorbitanten Aufwand für die Arbeitgeber verbunden wäre. Man müsste einfach die Prozesse neu denken und neu überlegen, wie man dies bei vielen anderen Abgaben oder Lohnbestandteilen auch schon tun musste. Ein Beispiel sind die Kinderzulagen. Auch dies war am Anfang nicht ganz einfach zu lösen, aber man hat das System neu gedacht und neu überlegt, und das Ganze wurde vor wenigen Jahren neu aufgestellt und ist heute so selbstverständlich geworden, dass niemand mehr darüber spricht, auch nicht über die Kosten. Es ist übrigens bereits heute so, dass einem Teil der Arbeitnehmenden die Steuern bereits vom Arbeitgeber abgezogen werden müssen. Dabei meinen wir nicht die Quellensteuern, die sich nicht unbedingt mit den Steuern von Niedergelassenen vergleichen lassen, sondern wir meinen diejenigen Arbeitnehmer, die von einer Lohnzession betroffen sind. Ich nehme an, dass einige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber hier drin dies schon hie und da erlebt haben und mit solchen Fällen konfrontiert waren. Dies zeigt doch, dass der Direktabzug von den Steuern schon heute machbar ist, vor allem im Zeitalter der Digitalisierung. So hat auch einer meiner Fraktionskollegen, ein Arbeitgeber, selbst gesagt: «Der Computer macht es.» Noch etwas apropos Kosten: Auch das Eintreiben der jetzigen Steuerausstände kostet sehr viel: Mahnungen, Betreibungen, Pfändungen et cetera kosten nicht nur, sondern binden auch viel Personal. Fazit: Wir als EVP-Fraktion nehmen diesen Vorstoss an und finden auch den Aufwand dafür vertretbar.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Bevor wir zum nächsten Fraktionssprecher übergehen, noch eine kurze Mitteilung: Die SiK trifft sich um 10.30 Uhr zu einer Wandelhallensitzung. Das Wort ist frei für die SP-JUSO-PSA-Fraktion. Es spricht Grossrat Wyrsch.

Daniel Wyrsch, Jegenstorf (SP). Dann habe ich noch bis 10.30 Uhr Zeit. Ich befürchtete schon, der Vizepräsident wolle noch jemanden auf der Tribüne begrüßen.

Alle unter Ihnen konnten feststellen, dass es mit diesen Steuern ein Problem gibt. Jetzt haben wir einen relativ einfachen, niederschweligen Vorstoss, der will, dass man diese Abzüge jetzt schon freiwillig durch den Arbeitgeber vornehmen lassen kann. Schon wieder kommt der Einwand, man solle es lieber obligatorisch machen. Es wäre eine Bevormundung, wenn man es obligatorisch ma-

chen würde, und wenn man es freiwillig macht, wird behauptet, es nütze nichts. Dass man im Voraus einzahlen kann, ist auch klar, Raphael Lanz. Es wissen sogar die SPler, dass man dies tun kann. Das heisst auch, dass es auch für die Arbeitgeber relativ niederschwellig wäre, diese Vorauszahlungen zu tätigen. Von dem her gesehen glaube ich nicht, dass es ein grosser Aufwand wäre. Es hat, Jakob Etter, auch nichts zu tun mit irgendwelchen Abzügen, die man bei den Steuern machen kann. Es geht rein ums Inkasso. Wenn man weiss, dass etwa 90 Mio. Franken Steuergelder nicht eingetrieben werden, verstehe ich nicht, warum man jetzt nicht einen niederschweligen Versuch macht und ganz einfach damit anfängt. Sonst kämpfen wir hier drin immer um einzelne Millionen hier und da, die man einsparen solle. Und hier ist wirklich ein Sparpotenzial vorhanden. Wie gross es schlussendlich ist, spielt keine Rolle, Hauptsache, man erhält etwas von diesen 90 Mio. Franken. Deshalb finde ich, dass man etwas tun sollte. Deshalb: Unterstützen Sie diesen Vorschlag!

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion unterstützt die Motion «Für einen echten Nettolohn», und würde eine entsprechende Gesetzesrevision begrüssen. Wie die Motionärin in ihrer Motion ausführt, muss der Kanton Bern jährlich mit 200 Mio. Franken Steuerschulden klar kommen, und dies eigentlich nur, weil das System dies zulässt. Das Steuersystem ist eine komplexe Angelegenheit. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn das Steuersystem des Kantons Bern auch den Bürgerinnen und Bürgern entgegenkäme. Laut Umfragen wären die meisten Leute in unserem Kanton nämlich froh, wenn die Steuern direkt von ihrem Lohn abgezogen würden.

Man kann die Steuern zwar im Voraus bezahlen, wie auch schon gesagt wurde. Aber dies tun leider nicht viele Leute. Ein Grund dafür könnte sein, dass es bei sehr vielen Leuten immer wieder Schwankungen beim Lohn gibt. Sie arbeiten nicht jedes Jahr gleich viel. Dies führt zu unschönen Situationen, dass die Einstufungen des letzten Jahres nicht mehr gültig sind und Personen Steuern begleichen müssen, für die ihnen schlicht und ergreifend das Geld fehlt. Es geht hier ausdrücklich nicht nur um diejenigen Personen, die jedes Jahr Mühe mit dem Papierkram rund um die Steuererklärung haben, oder sogar um diejenigen, die ihre Finanzen nicht im Griff haben, sondern um diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die redlich und pünktlich ihre Steuererklärung einreichen und die Steuern bezahlen. Uns Grünen ist klar, dass der Direktabzug der Steuern vom Lohn vielleicht nicht alle Probleme löst und vielleicht auch neue Probleme mit sich bringt. Aber wir sind davon überzeugt, dass es einige Verbesserungen geben könnte und denjenigen Bürgerinnen und Bürgern entgegenkäme, die ein solches System befürworten. Auch die Freiwilligkeit, die dieser Vorstoss verlangt, wäre hier gegeben. In der letzten Debatte hat Alt-Grossrat Nathan Güntensperger eindrücklich aufgezeigt, wie der administrative Aufwand für die Arbeitgeber bewältigt werden könnte. Dies fanden wir sehr überzeugend. Wir Grünen unterstützen die Motion grossmehrheitlich und würden auch mit helfen, das Postulat zu überweisen.

Johann Ulrich Grädel, Schwerzenbach BE/Huttwil (EDU). Wir von der EDU lehnen die Motion ab, weil wir denken, dass es auf freiwilliger Basis nichts bringt. Wir müssten es wohl schon obligatorisch machen, um Betreibungen zu vermeiden. Deshalb lehnen wir die Motion ab.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Le premier orateur, c'est Mohammed Hamdaoui.

Mohammed Hamdaoui, Biel/Bienne (PCD). Je n'ai pas de honte à l'avouer : j'ai fait partie, dans une période de ma vie, de ces salariés qui se sont retrouvés confrontés à une dette fiscale. Je vous rassure, ce n'était pas une dette fiscale tellement importante au point de menacer les finances du canton, mais pour moi, c'était assez problématique. Il y avait, bien sûr, comme c'est souvent le cas, une part de négligence, parce qu'il y a des périodes de l'existence qu'on traverse qui ne sont pas simples et où, comme il l'a été dit, par exemple, on passe d'un salaire confortable à un salaire misérable et on ne sait pas trop comment s'en sortir. Ils existent, c'est vrai, des outils déjà aujourd'hui pour éviter de se retrouver dans ce genre de situation, mais je ne vois pas en quoi ce serait un problème d'avoir un outil supplémentaire qui, surtout, se fait sur une base facultative, et qui n'ôterait pas les autres outils à disposition aujourd'hui, pour éviter de sombrer dans la spirale des dettes fiscales. Donc, je vous invite vraiment à accepter cette proposition, que ce soit sous forme de motion, ou mieux encore, de postulat. J'ai tendance, moi, à faire confiance à la directrice des Finances, et puis aux membres de la commission des finances, pour élaborer un projet de loi qui tient compte de toutes les remarques qui ont été faites aujourd'hui.

Urs Graf, Interlaken (SP). Warum trete ich für die freiwillige Möglichkeit ein, die Steuern direkt zu bezahlen? – Die Argumentation derjenigen, die dagegen sind, besteht häufig darin, dass man keine Privilegierung des Staates gegenüber Gläubigern aus der Privatwirtschaft haben wolle. Aber dies, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, greift etwas kurz. Man vergleicht Äpfel mit Birnen. Der Staat schliesst ja bei den Steuern keinen Vertrag ab, er kann keine Bonitätsprüfung vornehmen, wie dies ein Privater tun kann. Der Staat hat Zwangsverpflichtete. Der Steuerzahler bezieht seine Leistungen, ob er bezahlt oder nicht. Wenn er nicht bezahlt, ist er einfach ein Trittbrettfahrer. Es ist eine gänzlich andere Situation. Übrigens hat sich ja die Privatwirtschaft auch Instrumente geschaffen, um sich abzusichern, wie zum Beispiel die Kautio im Mietrecht. Sie erhalten keinen Mietvertrag, ohne die Kautio zu bezahlen. Es werden zum Beispiel Pfänder bestellt, und zum Beispiel gibt es die Debitorenzession. Wieso soll man denn in dieser Situation vonseiten des Staates anders handeln? – Es wird mit der Eigenverantwortlichkeit argumentiert. Genau dies will doch diese Motion! Sie will, dass der Steuerzahler eigenverantwortlich sagen kann, wie er die Steuern bezahlen will. Dies ist genau die Eigenverantwortung, wie Sie sie haben wollen. Daniel Arn hat argumentiert, ihm stünden die Haare zu Berge. Dies ist bei mir leider nicht mehr möglich. (*Heiterkeit / Hilarité*) Der Aufwand werde zu gross. Ich würde einfach sagen: Abklären und diesen Vorstoss unterstützen.

Meret Schindler, Bern (Grüne). Ich habe in meinem sozialen Umfeld mehrere junge Leute, vor allem Männer, die um 30 Jahre alt sind oder auf die 40 zugehen, und die es verpasst haben, mit 16 oder 18 Jahren ihre erste Steuererklärung auszufüllen. Diese wurden automatisch eingestuft und haben keinen Widerspruch eingelegt. Daraufhin hatten sie Schulden, doch sie nahmen die Schulden auf die leichte Schulter. Dies ist verheerend. Einerseits, wenn man einmal bei jemandem Schulden hat, hat man bald überall sonst auch noch Schulden. Wenn man eh schon Schulden hat, ist es einem auch egal, ob man die Krankenkasse bezahlt. Die Miete bezahlen die meisten Leute, weil es sonst rasch um die Existenz geht. Es ist für jeden Einzelnen schlimm. Wenn solche jungen Leute eine Familie gründen wollen, können sie dies nicht tun. Ich zum Beispiel hätte nie einen Mann, der Schulden hat, genommen und mit ihm Kinder bekommen. Solchen Schicksalen vorzubeugen, ist unglaublich wichtig. Es ist so, dass Eltern manchmal während der Pubertät auf ihre Teenager nicht einen so grossen Einfluss haben, wie sie gerne hätten, oder andere Schwerpunkte setzen. Wenn man dann einfach sagen kann, «Schau, wenn du schon nicht auf mich hörst, setz doch einfach hier ein Kreuz, damit du den automatischen Steuerabzug kriegst und zumindest nicht schon in jungen Jahren in Schwierigkeiten gerätst», kann dies eine riesengrosse Hilfe sein. Die anderen Argumente, etwa die Steuerausfälle, sind natürlich auch sehr gewichtig. Aber ich stimme aus Überzeugung zu, weil es hier um Einzelschicksale geht, die wir als Staat am Ende tragen. Ich stimme dem Vorstoss zu, auch wenn er auf Freiwilligkeit beruht.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Die Motionärin will vor der Regierungsrätin sprechen. Deshalb hat sie das Wort.

Andrea Zryd, Magglingen (SP). Ich danke herzlich für die angeregte Diskussion. Sie sehen, bei Meret Schindler kommt nicht jeder Mann in die Ränge, aus verschiedensten Gründen. (*Heiterkeit / Hilarité*)

Ich habe noch ein Argument, welches ich darlegen möchte. Ich werde in ein Postulat wandeln. Ich weiss, dass die BDP zu genau diesem Thema eine Standesinitiative (*M 222-2019*) eingereicht hat. Dies ist äusserst spannend und auch sehr nobel. Ich erwarte jedoch von der BDP, dass sie diesem Postulat geschlossen zustimmt. Sonst beschneiden Sie Ihre Standesinitiative gleich selbst. Es ist ja ein Prüfauftrag, der einfließen kann, und man kann das Ganze dann auf Bundesebene regeln. Ich denke, wenn ich diesen Vorstoss mit einem Obligatorium eingereicht hätte, würden genau diejenigen, die jetzt sagen, «wenn hier ein anderes Wort gestanden hätte ...» sagen, wir würden bevormunden. Ich denke somit nicht, dass es daran liegt. Für mich ist es ein Scheinargument. Aber ich bin wirklich bereit zu wandeln. Ich habe Ihre Argumente gehört und habe ein gewisses Verständnis, und wenn jetzt auch die BDP mithilft, haben wir gute Chancen, durchzukommen.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir sprechen ab sofort von einem Postulat. Das Wort geht an die Regierung.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die Motionäre versprechen sich von diesem Vorstoss eine Verbesserung des Steuerbezugs. Aber, liebe Anwesende, im Kanton Bern werden die Kantons- und

Gemeindesteuern eines bestimmten Jahres bereits während des laufenden Jahres fällig. Wer die Ratenrechnungen bezahlt oder Vorauszahlungen leistet, sollte im Normalfall gar nicht in Zahlungsschwierigkeiten kommen, denn er hat die Möglichkeit, nicht alles auf einmal zu bezahlen.

Ausserdem hätte ein Nettolohnmodell auch diverse Nachteile, wie zum Beispiel, dass in diesem Modell die Steuerzahlungen für die steuerpflichtigen Personen noch komplizierter würden und auch für die Arbeitgeber mit Mehraufwand und Mehrkosten verbunden wären, was am Schluss wahrscheinlich der Kanton bezahlen müsste.

Vielleicht kommt Ihnen mein Votum ein wenig bekannt vor, oder zumindest den einen oder anderen Grossrätinnen und Grossräten, denn wir haben den genau gleichen Vorstoss (*M 057-2016*) schon im November 2016 beraten. Damals war ich sehr ausführlich in meiner Argumentation, warum wir der Meinung sind, dass es nicht gut sei, diesen Vorstoss anzunehmen. Er wurde danach in ein Postulat gewandelt, wie es auch jetzt der Fall ist, und man lehnte dieses Postulat auch ab. Ich möchte Sie bitten, auch jetzt ein Postulat abzulehnen. Dies ist auch im Sinne des Regierungsrates.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir kommen zur Abstimmung über Traktandum Nummer 67, «Für einen echten Nettolohn». Wer dieses Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein. Sie können abstimmen.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.744; M 284-2018; als Postulat)

Vote (Affaire 2018.RRGR.744 ; M 284-2018 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 78

Nein / Non 68

Enthalten / Abstentions 0

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Sie haben dieses Postulat angenommen, mit 78 Ja- zu 68 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen. Die Ratsführung geht zurück an den Ordinarius. (*Heiterkeit / Hilarité*)